

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Othmar, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Vertriebspreis: Aue 81 und 91, Othmar (inkl. Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 2541. Druckvertrieb: Volkshaus Erzgebirgskreis.

Kriegsgefangenen-Verzeichnis für die am 1. April 1918 erfassten Kriegsgefangenen. Nummer 14 vom 11. April 1918 in den Kriegsgefangenen-Verzeichnissen. Das Verzeichnis für die Kriegsgefangenen der Kategorie der Kriegsgefangenen ist im Kriegsgefangenen-Verzeichnis des Kriegsgefangenen-Verzeichnisses. Es enthält die Namen der Kriegsgefangenen, die am 1. April 1918 in den Kriegsgefangenen-Verzeichnissen. Es enthält die Namen der Kriegsgefangenen, die am 1. April 1918 in den Kriegsgefangenen-Verzeichnissen. Es enthält die Namen der Kriegsgefangenen, die am 1. April 1918 in den Kriegsgefangenen-Verzeichnissen.

Nr. 239.

Donnerstag, den 11. Oktober 1928.

81. Jahrg.

Amthliche Anzeigen.

Die für Freitag, den 12. Oktober 1928, 9 Uhr in Schneeberg im Gasthaus „Gambrius“ angeordnete Versteigerung einer Mercedes-Schreibmaschine ist abgewendet worden und fällt aus.
Die Vollstreckungsstelle des Finanzamts Aue.

Aue. Ein Schäferhund

Am Donnerstag, den 11. Oktober 1928, vormittag 11 Uhr, im Stadthaus gegen Barzahlung versteigert werden. Die Bieter wollen sich pünktlich zu dieser Zeit einfinden.
Aue, 9. Oktober 1928.
Der Rat der Stadt — Vollstreckungsamt.

Straßensperrung.

Die Talstraße im Stadtteil Reuwest von der Eisenbahnbrücke bis zur August-Reinwart-Straße ist ab Donnerstag, den 11. Oktober 1928, für sämtlichen Verkehr bis auf weiteres wegen vorzunehmender Straßenarbeit gesperrt.
Schwarzenberg, am 10. Okt. 1928. Der Rat der Stadt.

Tagesordnung zur öffentlichen Schulausschreibung
Freitag, den 12. Oktober 1928, abends 7 Uhr im Sitzungszimmer des Ratsstellers in Schwarzenberg.

1. Mitteilungen. 2. Urlaubsgefuß des Lehrers Rudolf Epperlein.

Auß- und Brennholzversteigerung.

Breitenhofer Staatsforstrevier.
Freitag, den 19. Oktober 1928, von vorm. 11 Uhr an in der Gastwirtschaft von Kurt Boeckh in Schwarzenberg.

3142 w. Röhre 7/9 cm = 94 fm, 1061 bergl. 10/14 cm = 57 fm, 77 bergl. 15/19 cm = 7 fm, 37 Std. fi. Derbstangen Kl. 1, 2324 bergl. Kl. 2, 17 200 bergl. Kl. 3, 11 800 fi. Reistangen Kl. 4, 15 800 bergl. Kl. 5, 23 000 bergl. Kl. 6, 22 500 bergl. Kl. 7, 3000 bergl. Kl. 8.

Aufbereitet in Durchforstungen in Abt. 1, 2, 14, 15, 18, 36, 38, 49, 108, 111, 113, 114, 119, 120, 134, 136, 137, 139, 140, 147, 148, 154, 155, und von nachmittags 5 Uhr an im Gasthofe zum grünen Baum in Breitenbrunn:

27 rm Brennknäuel und 176 rm Kefte; aufbereitet in Durchforstungen in Abt. 1, 2, 10, 14, 18, 38, 111, 113, 114, 119, 140, 154, 155.

Forstamt Breitenhof. Forstasse Schwarzenberg.

Holzversteigerung.

Staatsforstrevier Hartmannsdorf.

Im Gasthof „Sächsischer Hof“ in Hartmannsdorf am Donnerstag, den 18. Oktober 1928, von vorm. 11 Uhr an

1932 Stämme 10/14 cm = 251 fm, 772 bergl. 15/19 cm = 206 fm, 10/18 m Ig. 9350 Reistangen über 3/4 cm stark, 1600 bergl. über 4/5 cm stark. Aufbereitet in Abt. 59 (Rahlschlag) und 37 (Schlag).

Forstamt Hartmannsdorf. Forstasse Schwarzenberg.

Brennholzversteigerung.

Staatsforstrevier Bodau.

Sonnabend, den 13. Oktober 1928, nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus „Reichsadler“ in Bodau.

6,0 rm bu. Brennsehle, 32,0 rm fi. Brennsehle, 1,5 rm bu. Brennknäuel, 34,0 rm fi. Brennknäuel, 1,0 rm bu.

Boden, 13,5 rm fi. Boden, 3,5 rm bu. Kefte, 218,0 rm fi. Kefte.
Aufbereitet in den Abt. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 12, 13, 17, 18, 19, 22, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 33, 35, 36, 38, Brüche, Abt. 4, 16, 28, 29, 32, 35, Durchforstungen.

Der Verkauf erfolgt nur gegen sofortige Barzahlung.

Forstamt Bodau.

Nachruf.

Am 8. Oktober ds. Js. nahm Gott
Herrn Bäckermaler

Oskar Fischer

zu sich.
Der Verstorbene gehörte 3 Jahrzehnte lang dem Kirchenvorstande zu Schneeberg an.

Als Vorsitzender des Gottesacker Ausschusses widmete er dieser Einrichtung in Liebe und Treue seine Kraft. Gern hörten wir seinen Rat und lernten aus seiner reichen Erfahrung.

Wir rufen ihm deshalb ein

„Habe Dank“

in die Ewigkeit nach.

Schneeberg, am 10. Oktober 1928.

Der Kirchenvorstand und die Kirchgemeindevertretung zu Schneeberg.

Reich und Länder.

Zu den Reformvorschlügen des Bundes zur Erneuerung des Reichs.

Erst Reform des Parlamentarismus!

Der Bund zur Erneuerung des Reiches, an dessen Spitze der frühere Reichskanzler Luther steht, hatte im Januar angekündigt, in kurzer Frist Vorschläge über eine Reichsreform zu veröffentlichen. Die Vorarbeiten sind schwieriger gewesen, als man sich vorgestellt hatte. Nunmehr scheinen sie beendet zu sein, denn der Bund tritt mit einer umfangreichen Denkschrift, die den Titel Reich und Länder führt, an die Öffentlichkeit. Sie hat die Vereinheitlichung der Verwaltung und der Verfassungen des Reichs und der Länder zum Gegenstande.

Die Vorschläge verlangen vor allen Dingen die Zusammenfassung der Reichsregierung mit der preussischen. Von den Ländern sollen nur Sachsen, Bayern, Baden, Württemberg erhalten bleiben, während alle anderen Länder in einem neuen Reichskörper, dem sogenannten Reichslande, aufgehen sollen. Dagegen sollen die Provinzen im neuen Reichslande, die sich zum größten Teile mit den alten Provinzen Preußens decken, eine selbständigere Stellung als in Preußen erhalten. Zu ihnen sollen als neue Provinzen Mecklenburg und Thüringen sowie Hamburg und Bremen hinzukommen. Der preussische Landtag soll verschwinden, an seine Stelle tritt der Reichstag. Daneben soll als ein dem Reichsland eigenartliches Organ der Staatsrat treten, der aus den Vertretern der Provinzen zusammengesetzt werden soll. Der Staatsrat wird ein Einspruchsrecht gegenüber den vom Reichstag zu beschließenden Gesetzen haben. Der Reichspräsident soll die Befugnisse haben, die in Preußen das Staatsministerium hatte, um zu verhindern, daß durch die neue Konstruktion ein Schwächung der Stellung des Reichspräsidenten erfolgt. Im Reichsrat werden hingegen nach wie vor die preussischen Provinzen und die übrigen Länder vertreten sein, wobei die Zahl der Vertreter der Länder nach der Zahl der Bevölkerung gewählt werden soll. Die preussischen und die Reichsministerien schließlich werden zusammengelegt.

Man wird dem guten Willen und dem Fleiß des Bundes die Anerkennung nicht versagen dürfen. Nur scheint er den Hauptpunkt zu übersehen: Diese oder irgend eine andere Reichsreform kann nicht durchgeführt werden, solange bei uns nicht die Vernunft regiert, sondern ein Parlamentarismus, in dem unverantwortliche Parteiklügel den Ton angeben. Es ist unter den jetzigen Verhältnissen ausichtslos, mit einer Einigung der Fraktionen im Reichstag und in den

Länderparlamenten zu rechnen. J. V. wird die Sozialdemokratie niemals für eine Reform zu haben sein, die ihre Machtstellung auch nur im geringsten antastet. Die Mitglieder dieser Partei, die dem Bunde angehörten, sind aus ihm schon längst zurückgepfiffen worden. Ohne ein Zusammengehen der Parteien aber hat jeder Reformvorschlag nur aka-

Das Echo der Denkschrift.

Ein Achtungserfolg.

Berlin, 9. Okt. Die Zeitungen, mit Ausnahme des „Vorwärts“, befassen sich mit dem Inhalt des Reichsreformvorschlages. Aus der Stellungnahme geht hervor, daß die Lutherische Denkschrift als ein beachtlicher Beitrag und eine qualitativ hochstehende Leistung von rechts bis hinüber zum linken Flügel der Demokraten anerkannt wird.

In der „Deutschen Tagesztg.“ tritt der Schwiegersohn Krupps, Freiherr v. Wilmowsky, der selbst dem „Bunde für Erneuerung des Reiches“ angehört, warm für die Lutherische Denkschrift ein. Der Aufsatz schließt mit dem Bemerken, daß im Kreise der Mitarbeiter des Bundes keiner des Glaubens sei, das Mittelmittel nunmehr gefunden zu haben. Wohl aber scheint ein Fortschritt darin zu bestehen, daß es einem Kreise sachlich angestellter Persönlichkeiten aus Nord und Süd, Wirtschaft und Wissenschaft, von rechts und links, gelungen ist, sich unter der Führung Luthers auf klar formulierte Voraussetzungen für die Schaffung einer einheitlichen deutschen Weisenszentrale zu einigen.

Die D. Allg. Ztg. überschreibt ihren Artikel: „Von der Theorie zur Tat.“ „Ist nun“, so fragt das Blatt, „aber diese ganze geplante Erneuerung nicht ein Schritt in der Richtung auf den Einheitsstaat? Ja und nein, die stärkste Zentralisierung besteht doch gerade heute, und zwar sowohl gegenüber Preußen, das im Reichsrat einigermaßen entrechtet ist, wie auch gegenüber anderen Ländern, weil man vom Reiche aus ein Stück nach dem anderen den Ländern weggenommen und an sich gezogen hat. Dr. Luther hat gesagt, daß in der deutschen Seele drei Elemente, Unitarismus, Föderalismus und Preußen, fast überall nebeneinander bestehen und hat hinzugefügt, daß es darauf ankommt, in der Wirklichkeit und im Bewußtsein der Deutschen diese drei Seelen wieder an den richtigen Platz zu rücken mit dem großen Ziele: Erhaltung des Heimatgefühls, Stärkung der Staatsgewalt nach innen und außen, Aufbarmachung der staatsbildenden Kraft Preußens für das Reich. Die Entscheidung, schließt das Blatt, liegt jetzt bei Preußen. Der Widerstand gegen eine durchgreifende Lösung bläht wohl in erster Linie von den Länderorganisationen der Parteien und von der Bürokratie einzelner Länder herkommen. Die Hauptsache scheint uns daher, daß rechtzeitig vor der Flutwelle der ärgsten Rot eine möglichst breite Front für die Reformarbeit ebnelbet wird.“

Der Berl. Lokal-Anz. widmet der Denkschrift nur einige kurze Zeilen, die es mit der Ueberschrift Parafiri-

demischen Wert. Es wäre deshalb wohl richtiger, wenn das Pferd vom Kopfe und nicht vom Schwänze aufgezäumt, und wenn man zunächst an eine Reform des Parlamentarismus gehen würde. Ob eine solche auf dem Wege der Freiwilligkeit und des gegenseitigen Einverständnisses überhaupt möglich ist, möchten wir allerdings bezweifeln. Jedenfalls wird es noch lange Zeit dauern und werden noch schwere Kämpfe ausgefochten werden müssen, ehe die Reichsreform Wirklichkeit wird.

Preußens überschreibt. Es lehnt die Lutherischen Vorschläge als undiskutierbar ab, da Preußen auf seine Eigenstaatlichkeit verzichten solle und bei der Durchführung der Reichslandbildung eine neue Mainlinie hergestellt würde. Die Lösung könne nur in einer organischen Verkopplung des Staates Preußen mit dem Reiche bestehen, so wie sie Hugenberg längst bis ins einzelne entwickelt und vertreten hat. Eine solche organische Verbindung ist freilich undenkbar unter dem extremen parlamentarischen System, das wir haben, und wenn man die Art an die Wurzel des Übels legen will, dann muß man eben diesen extremen Parlamentarismus treffen.

Die Germania erklärt, daß das vorliegende Ergebnis als ein sehr ernsthafter Beitrag zur Diskussion um die Zukunftsgestaltung unseres Staates anzusehen sei. Erst einmal zur Lavinne angewachsen, werde der Gedanke des neuen Reiches zum Allgemeingut werden.

Das B. T. meint, die Vorschläge Dr. Luthers seien ernsthaft in Erwägung zu ziehen, doch schwebten sie im politisch luftleeren Raum. Der Plan sei nicht zweckmäßig und nicht durchführbar, weil er sich auf die Schlagbäume Norddeutschlands beschränke. Das Reich und Preußen müßten zu handeln beginnen, in welcher Richtung, darüber werde noch zu reden sein.

Die Deutsche Ztg. überschreibt ihren Kommentar: Falsche Methoden und sagt, daß eine Durchführung der Vorschläge Dr. Luthers die allergrößten Gefahren mit sich bringen müßte. Sie würden keine „Erneuerung“ des Reiches bedeuten, sondern die Möglichkeit heraufbeschwören, daß durch Reform erreicht wird, was nicht einmal der Revolution gelang: Das Reich werde auseinander zu sprengen.

Berlin, 9. Okt. In einer großen Versammlung sprach am Montagabend Dr. Luther über seine Ziele. Er betonte, daß die Lösung im Ausbau der Selbstverwaltung liege. Diese müßte unter Ueberführung der Staatskraft des preussischen Staates auf das Reich neugegaltet werden. Dann würden wie auch die Gefahr vermeiden, daß Preußen statt handelndes Subjekt zu sein, plötzlich in eine Objektstellung gerate. Der Bund wolle keine theoretische Konstruktion des Deutschen Reiches schaffen, sondern mit lebendigen Kräften mithelfen, daß wir aus den täglich größer werdenden Schwierigkeiten der inneren Verwaltung herauskämen. In der Diskussion erklärte Bürgermeister Dr. Petersen, daß Hamburg bereit sei, im Deutschen Reich aufzugehen.